

neue

caritas

BVKE - Info



 Bundesverband katholischer Einrichtungen
 und Dienste der Erziehungshilfen e.V.

**Schwerpunkte der
 neuen Bundesregierung**
**Gegen Lockerung der
 Zuständigkeiten**
**Vorstadtunruhen - ein
 mahrender Rückblick**


Liebe Mitglieder des Bundesverbandes katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen, liebe Leserinnen und Leser, am 31. Januar 2006 berichtete die Bild-Zeitung in ihrer plakativen Art über den Raubüberfall mit Todesfolge durch einen 20-Jährigen, der als Jugendlicher etliche individualpädagogische Maßnahmen durchlaufen hatte: „Dieser Killer hat den Staat 300.000 Euro gekostet.“ Damit stellt das Blatt in populistischer

und abwertender Weise die Bemühungen der Jugendhilfe für schwierigste Kinder infrage. Welche Konsequenzen die Bild-Zeitung einfordert, kann leicht erahnt werden.

Ganz entgegengesetzt klingen die Vorwürfe in einem Buch, das unseren Verband in diesen Tagen beschäftigt: „Schläge im Namen des Herrn - die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik“ von Peter Wensierski. Der Autor verbindet mit seiner

kritischen Untersuchung zur Zeitspanne der 50er- bis Anfang der 70er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts das Ziel, den damaligen Kindern in Erziehungsheimen eine Stimme zu geben, ihr Schicksal und Leiden öffentlich zu machen. Die Kirche steht dabei in besonderer Verantwortung, da 80 Prozent dieser Heime von den beiden großen Kirchen getragen wurden. Das Anliegen von Peter Wensierski ist ernst zu nehmen. Die Einrichtungen und ihre

Träger stellen sich dieser Verantwortung. Allerdings werden wir uns den Forderungen der Bild-Zeitung nicht unterwerfen, nämlich auf Maßnahmen zu verzichten, die den einzelnen Kindern gerecht werden. Wir wollen in 30 Jahren nicht erneut daran gemessen werden, dass wieder Kinder in den Heimen eingesperrt wurden, nur weil dies öffentlich gefordert wurde.

Seit Ende der 60er-Jahre hat sich die Erziehungshilfe aus eigener Erkenntnis, aber auch beschleunigt durch den Druck von außen, kontinuierlich weiterentwickelt und therapeutische und pädagogische Instrumentarien geschaffen, um möglichst allen Kindern gerecht zu werden. Allerdings müssen die dafür nötigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden. Nun gilt es, den Spannungsbogen von populistischen

Forderungen auf der einen und dem berechtigten Anliegen Peter Wensierskis auf der anderen Seite auszuhalten. Logische Folge aus den als Heimkampagne bekannten Reformbestrebungen Ende der 1960er-Jahre war eine Neuori-

Erhard Rieß

**Vorsitzender
des BVKE**

E-Mail:
e.riess@jugendwerk-
landau.de



entierung dahin, dass wir offen, repressionsfrei und ressourcenorientiert mit den jungen Menschen umgehen. Dies wird so bleiben!

Der BVKE hat Familienministerin Ursula von der Leyen unlängst in einem Schreiben darauf hingewiesen, dass er

zum Thema der Maßnahmen im Ausland ein Expertengespräch veranstaltet und das Institut für Kinder- und Jugendhilfe in Mainz mit einem Projekt beauftragt hat. Letzteres soll Evaluationsinstrumente schaffen, mit denen der Erfolg oder Misserfolg einer individualpädagogischen Hilfe messbar wird. Nur so können diese Hilfen angemessen beurteilt werden.

Der BVKE stellt sich mit seinen Mitgliedseinrichtungen beiden Aufgaben: einerseits Menschen zu helfen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfen in kirchlicher Trägerschaft aus ihrer Sicht Unrecht erfahren haben – und andererseits die Hilfen anzubieten, die junge Menschen heute brauchen.

Mit herzlichem Gruß
Ihr Erhard Rieß

jugend(hilfe)politik:

Schwerpunkte der Jugendpolitik der neuen Bundesregierung

Unter dem Titel „Politik für unsere Zukunft – Politik für Kinder und Jugendliche“ hat die Bundesregierung ihre Handlungsschwerpunkte formuliert. In den sechs im Folgenden wiedergegebenen Punkten werden die einzelnen Themen und Programme entfaltet (ausführliche Infos unter: www.bmfsfj.de, Suchbegriff „Leitlinien“).

Verbesserung der Kindertagesbetreuung

Mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung will die Bundesregierung zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Kindern beitragen und gleichzeitig zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommen. Hierfür sind vorgesehen:

- Informationsmaßnahmen (regional/überregional),
- ein quantitativer und qualitativer Ausbau der Kindertagespflege,
- ein jährlicher Bericht zum Stand des Ausbaus.

Prävention durch frühe Förderung

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, im Rahmen eines Projekts zur frühen Förderung gefährdeter Kinder soziale Frühwarnsysteme zu entwickeln: durch die Verzahnung von Leistungen der Gesundheitshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe sowie zivilgesellschaftlichem Engagement. Für die Umsetzung stellt der Bund in den nächsten fünf Jahren zehn Millionen Euro bereit.

Er wird verschiedene bundesweite Modellprogramme initiieren und fördern, begleiten und evaluieren sowie ein Servicebüro einrichten.

Stärkung der Zivilgesellschaft – Eigeninitiative fördern

Hier geht es zum einen um die Weiterführung und -entwicklung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, bestehend aus den bekannten Teilprogrammen Entimon, Civitas und Xenos. Darüber hinaus ist zum anderen beabsichtigt, das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ auch in der nächsten Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) mit jugendintegrativen Maßnahmen in den sozialen Brennpunkten zu fördern. Das schon in der letzten Legislaturperiode aufgelegte Bundesprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) soll die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren noch gezielter und wirksamer fördern: insbesondere zwischen den Fachressorts der Gebietskörperschaften und den LOS-Zielgruppen beziehungsweise Organisationen. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ geht es auch darum, die Beschäftigungsfähigkeit und die Heranführung benachteiligter Gruppen an den Arbeitsmarkt gezielter anzugehen. Für 2006 stehen zirka 25 Millionen Euro aus dem ESF zur Verfügung.

jugend(hilfe)politik Fortsetzung:

Aktivierung von Potenzialen – Jugend gestaltet das Land

Dieser Punkt meint eine stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in politische Prozesse. Bestehende Beteiligungsformen sollen ausgebaut und neue Formen der Beteiligung entwickelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der weiteren Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend auf EU- sowie auf nationaler Ebene.

Schutz von Kindern und Jugendlichen

Ein Ziel ist die Befähigung junger Menschen, eigenverantwortlich mit Medien umzugehen und zu problematischen Inhalten kritische Distanz zu wahren. Deshalb bilden Maßnahmen zur Vermittlung und Stärkung der Medien(erziehungs)kompetenz für Eltern und pädagogische Fachkräfte sowie für Kinder und Jugendliche einen Schwerpunkt.

Der Aktionsplan „zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“ soll weiterentwickelt und bis Anfang 2007 fortgeschrieben werden.

Nicht zuletzt dienten die zahlreichen Änderungen des SGB VIII dazu, den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Zur Umsetzung des KICK (Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe) wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend noch im Frühjahr eine Arbeitshilfe für die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe vorlegen.

Verbesserung der beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher

Das Programm „Die zweite Chance“ zielt auf eine lokale Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe sowie Trägern der Jugendsozialarbeit. Schulverweigerinnen und Schulverweigerer sollen in Schulen neu integriert werden. Dabei können sie über den Schulabschluss hinaus begleitet werden – bis zur beruflichen Integration. Geplant ist dies insbesondere im Rahmen einer betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildung. Das Programm soll als Modell mit 1000 Jugendlichen pro Jahr an Hauptschulen erprobt werden. Im Jahr 2006 stehen dafür 3,5 Millionen Euro aus dem ESF sowie dem Kinder- und Jugendplan des Bundes bereit.

Das in der letzten Legislaturperiode gestartete Modellprogramm „Kompetenzagenturen“ läuft weiter: Bis zu 200 Kompetenzagenturen sollen eingerichtet werden, die lokal eng mit der Arbeitsagentur, dem Jugend- beziehungsweise Sozialamt, den Schulen und anderen Institutionen zusammenarbeiten. Die Steuerung erfolgt durch die Regiestelle Inbas (Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH, <http://inbas.de/>) in Offenbach. Im Jahr 2006 stehen dafür über acht Millionen Euro zur Verfügung. rf

Zuständigkeitslockerungsgesetz: Veränderungen durch die Hintertür

Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2005 (BR-Drucksache 885/05 in Verbindung mit 428/04 – Beschluss) auf Antrag Hessens eine erneute Initiative gestartet mit dem Ziel, das SGB VIII zu ändern. Durch ein Gesetz zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern („Zuständigkeitslockerungsgesetz“) sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, vom Bundesrecht abweichende Regelungen zu treffen. Diese beziehen sich auf die Verpflichtung der örtlichen und überörtlichen Träger der Jugendhilfe zur Errichtung von Jugendämtern beziehungsweise Landesjugendämtern (§ 69 Abs. 3 SGB VIII) und auf die Zuständigkeit der überörtlichen Träger für den Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (§ 85 Abs. 2 SGB VIII).

Durch diese Initiative – sollte der Bundestag sie bestätigen – stünde den Ländern die Tür offen, (Landes-)Jugendämter als Organisationseinheiten beziehungsweise Behörden quasi abzuschaffen. Der BVkE spricht sich dagegen deutlich für die Beibehaltung der Landesjugendämter und für die Beibehaltung der bundesrechtlichen Verpflichtung zur Errichtung von Jugendämtern aus. Gegen die mit diesen intendierten Veränderungen verbundene Kommunalisierung der Heimaufsicht gibt es gute Argumente, die in der politischen Auseinandersetzung offensiv vertreten werden sollten:

- Die bisherige sinnvolle Aufgabenwahrnehmung durch die Landesjugendämter – die ihre Aufsichtsfunktion eng mit Beratungsleistungen und Fortbildungsangeboten verzahnen – würde aufgelöst.
- Dieser Aufgabenverbund ermöglicht den Landesjugendämtern, eine situationsbezogene Flexibilität mit einheitlichen Verhältnissen und Qualitätsstandards im jeweiligen Bundesland zu verbinden. Eine Zersplitterung der Aufsichtsfunktionen würde eine unnötige Bürokratisierung bedeuten.
- Eine Vermischung von Aufsichts- und Kostenträgerfunktionen auf der kommunalen Ebene birgt die Gefahr, dass die Aufsichtsfunktion in ein fiskalisches Steuerungsinstrument umgewandelt wird, um so das Qualitätsniveau in den Einrichtungen abzusenken.
- Die Regelung des Gesetzentwurfs birgt auch die Gefahr, dass Kommunen das Instrument der Aufsicht gegenüber freien Trägern so nutzen, dass sie den Bestand eigener Einrichtungen gegenüber der Konkurrenz schützen. Durch eine solche Interessenkollision könnten Ermessensspielräume zulasten freier Träger angewendet und fachliche Gestaltungsspielräume noch mehr eingeengt werden. rf

Jugendgewalt

Wenngleich die Bilder der brennenden Vorstädte – in Paris und anderen französischen Städten – vom November 2005 längst wieder von anderen Schreckensbildern aus aller Welt verdrängt wurden: Es bleibt die Frage nach den Ursachen solch massiver Gewaltausbrüche Jugendlicher. Ulrich Beck ging dem in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung nach, den wir im Folgenden mit Genehmigung der SZ wiedergeben. Er stellt fest, dass die Ursachen der Unruhen nicht nur in Frankreich zu verorten sind. Auch die Begriffe „Arbeitslosigkeit“ und „Armut jugendlicher Einwanderer“ allein bieten keine hinreichende Erklärung. Ulrich Beck erkennt vielmehr eine neuartige Konfliktlinie des 21. Jahrhunderts, die Antworten auf zwei Schlüsselfragen fordert: Was passiert mit denen, die von der schönen neuen Welt der Globalisierung ausgeschlossen bleiben? Und wie lässt sich auch ohne Job ein sinnvolles Leben führen?

Revolte der Überflüssigen

Brennende Vorstädte, radikaler Ausschluss

von Ulrich Beck, Süddeutsche Zeitung, 15. November 2005

Die nationale Begriffsbrille täuscht. Weder können die Ursachen für die brennenden Vorstädte in Frankreich hinreichend in Frankreich verortet werden, noch greifen die Begriffe „Arbeitslosigkeit“, „Armut“, „jugendliche Einwanderer“. Tatsächlich bildet sich hier eine neuartige Konfliktlinie des 21. Jahrhunderts. Die Schlüsselfrage lautet: Was geschieht mit denen, die von der schönen neuen Welt der Globalisierung ausgeschlossen werden?

Die wirtschaftliche Globalisierung hat zu einer quer zu nationalen Grenzen sich vollziehenden Spaltung der Welt geführt, wobei hochindustrialisierte Zentren schnellen Wachstums neben unproduktiven Wüsten entstehen – und zwar nicht nur „da draußen“ in Afrika, sondern eben auch in New York, Paris, Rom, Madrid und Berlin. Afrika ist überall. Es ist zum Symbol für Ausschluss geworden. Es gibt ein äußeres Afrika und viele innere, in Asien und in Südamerika, aber eben auch in den Metropolen Europas, in denen die radikalen Ungleichheiten der Welt in globalisierenden und lokalisierenden Tendenzen ihr je besonderes Gesicht ausprägen.

Die alten Reichen brauchten die Armen, um reich zu werden. Die neuen globalisierten Reichen brauchen die Armen nicht mehr. Darum sind die französischen Kinder afrikanischer und arabischer Einwanderer, die in den Banlieue am Rande der großen Metropolen ein perspektivloses Dasein fristen, mehr als nur arm, mehr als nur arbeitslos. Denn die Begriffe „Armut“ und „Arbeitslosigkeit“, so wie wir sie verstehen, entstammen dem nationalstaatlich organisierten Machtspiel der Klassengesellschaft. Setzte dies doch voraus, was für weltweit wachsende Bevölkerungsgruppen immer weniger gilt – dass die Armut eine Folge

der Ausbeutung und insofern von Nutzen ist: Die Armut der einen begründete den Reichtum der anderen. Diese historische Prämisse wird brüchig.

Im Nachtschatten wirtschaftlicher Globalisierung geraten immer mehr Menschen in eine Lage auswegloser Hoffnungslosigkeit, deren Schlüsselmerkmal es ist – es stockt der Atem –, dass diese Menschen schlicht nicht gebraucht werden. Sie bilden keine „Reservearmee“ (wie Marx dies nannte), die den Preis der menschlichen Arbeitskraft drückt. Die Wirtschaft kann auch ohne ihren Beitrag wachsen. Die Regierenden können auch ohne ihre Stimmen gewählt werden. Die „überflüssigen“ Jugendlichen sind Bürger auf dem Papier, tatsächlich jedoch Nicht-Bürger und damit eine lebende Anklage aller Übrigen. Sie fallen auch aus der Vorstellungswelt der Arbeiterbewegung heraus.

In Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern glaubt man geradezu obsessiv daran, dass die Ursachen für die Gewaltbereitschaft der randalierenden Migrantenjugend in der Herkunftskultur der Einwanderer zu finden sind. Empirische Studien belegen das Gegenteil: Es ist nicht die fehlende Integration, sondern die gelungene Integration, genauer: der Widerspruch von kultureller Assimilation und sozialer Ausgrenzung dieser Jugendlichen, aus dem sich der Hass und ihre Gewaltbereitschaft speisen.

In ihrer Würde verletzt

Handelt es sich doch gerade nicht um Einwanderer, die ihrer Herkunftskultur verhaftet sind, sondern um Jugendliche, die einen französischen Pass haben, perfekt französisch sprechen und das französische Schulsystem durchlaufen haben – gleichzeitig aber von der französischen Gesellschaft der Gleichen am Rande der Großstädte territorial ausgegrenzt werden. Diese assimilierten Jugendlichen, deren Eltern zugewandert waren, unterscheiden sich in ihren Wünschen und Einstellungen kaum von ihren gleichaltrigen Gruppen des Einwanderungslandes; im Gegenteil: Sie stehen ihnen besonders nahe. Eben daran bemessen ist der Rassismus der Ausgrenzung für diese sehr heterogenen Jugendgruppen so entsetzlich bitter und für alle Übrigen so skandalös.

Man kann es paradox formulieren: Mangelnde Integration der Elterngeneration entschärft, gelungene Integration der Kindergeneration verschärft die Probleme und Konflikte. Die Eltern der randalierenden Jugendlichen, die aus Nordafrika eingewandert waren und ihrem Herkunftsmilieu verbunden blieben, bemaßen ihre mangelhafte Integration und offene Diskriminierung an dem Aufstieg, den sie dennoch erfahren haben.

Sie fanden sich so mit ihrem Außenseiterschicksal eher ab als ihre Kinder, die den Kontakt zum afrikanischen Her-

Jugendgewalt Fortsetzung:

kunstmilieu verloren haben und sich nun, in ihrer französischen Würde verletzt, ihre eigene Folklore der „französischen Intifada“ basteln. Dementsprechend beschreiben die jugendlichen Akteure der Vorstadtrevolte ihre Lage mit den Begriffen Würde, Menschenrechte und Ausgrenzung. Bemerkenswerterweise beziehen sie sich, obwohl arbeitslos, keineswegs auf die Arbeit.

Die Eliten in Wirtschaft und Politik sind nicht abzubringen von dem Gedanken der Arbeit für alle. Infolgedessen sind sie seltsam farbenblind für das Ausmaß der Hoffnungslosigkeit, das sich in den Überflüssigen-Ghettos ausbreitet, die sich von einer Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit abgeschnitten sehen. Sowohl linke wie auch rechte Parteien, neue und alte Sozialdemokraten, Neoliberale und Sozialstaatsnostalgiker wollen nicht wahrhaben, dass sich unter den Bedingungen des *jobless growth* Arbeit längst von einem „großen Integrator“ in einen Mechanismus der Ausgrenzung verwandelt hat.

Die eigentliche Misere zeigt sich am untersten Ende der Ausbildungshierarchie: Die Jobs für Jugendliche mit

geringem oder gar keinem Bildungsabschluss (in Bayern beträgt allein die letzte Gruppe 14 Prozent eines Jahrgangs) wurden automatisiert oder in Billiglohnländer ausgelagert. Entsprechend droht die Elementarschule überall in Europa zur Ghettomauer zu werden, hinter der die unteren Statusgruppen auf die Dauerexistenz der Erwerbslosigkeit (Sozialhilfe) festgelegt werden. Ausbildung, die absehbar in „Überflüssigkeit“ mündet, wird zur Brutstätte „molekularer Gewalt“ (Hans Magnus Enzensberger), die nichts mehr bezweckt als die Lust an sich selbst. Aber Politik und Wissenschaft im Banne der Vollbeschäftigungsothodoxie verdrängen die Schlüsselfrage: Wie können Menschen ein sinnvolles Leben führen, auch wenn sie keinen Arbeitsplatz finden?

Rassismus der Begriffe

Die Beunruhigung, die die nächtlichen Flammen in Paris in ganz Europa ausgelöst haben, drückt sich in der Sorge aus: Müssen wir nun damit rechnen, dass neben und zusätzlich zur Gefahr von Terrorattentaten auch die Gefahr von Brandstiftungen zu einer Konstanten des Alltagslebens und der politischen Auseinandersetzung wird?

Niemand kann darauf heute eine Antwort geben. Aber es mag sinnvoll sein, die relative Erfolgsgeschichte Deutschlands dagegen abzuheben. Obwohl im Grau in Grau der deutschen Malaise der Multikulturalismus schon

tausendmal für tot erklärt wurde, existiert in Deutschland eine breite, Arbeitsplätze schaffende, türkisch-deutsche Mittelschicht. Auch hier führt der Hauptschulabschluss ins berufliche Nichts. Aber die Jugendlichen, die davon betroffen sind, sind nicht farbige, nicht in Wohnsilos zusammengepfercht und sehr heterogen: Kinder von Aussiedlern, in Deutschland aufgewachsene Türken und deutsche arbeitslose Jugendliche, deren Hass sich rassistisch gegen alles „Fremde“ (auch gegen Aussiedler-Kinder und Deutsch-Türken) richtet.

Politische Lösungen – etwa „positive Diskriminierung“ – werden schon deshalb nicht umgesetzt, weil es sich im Kern um kulturelle Anerkennungskonflikte handelt. Anders als materielle Verteilungskonflikte, wo der eine nur etwas gewinnt, wenn der andere es verliert, sind Anerkennungskonflikte zwar Positiv-Summenspiele, in denen alle gewinnen können. Das aber setzt voraus, dass auch die Selbstbilder der Mehrheitsgesellschaft selbsttätig verändert werden.

Das Gegenteil geschieht: Der unschuldige Rassismus der falschen Begriffe ist so

selbstverständlich, dass ihn keiner bemerkt. Man spricht von Einwanderern und verschweigt, dass es Franzosen sind. Man nimmt den Islam ins Visier und verkennt, dass viele der Brandstifter auf Religion pfeifen. Man beschwört den Primat der Herkunft und will nicht wahrhaben, dass es das Hier-aufgewachsen-Sein, die erfolgreiche Assimilation, genau die verinnerlichte Egalité ist, aus der die Flammen empor schlagen.

Es handelt sich um eine urfranzösische Hassrevolte gegen die verletzte Würde der Überflüssigen und für das Recht, gleich und verschieden zu sein. Die Minimalia der Anerkennung lägen darin, den Flächenbrand des Hasses, der überall auf der Welt auszubrechen droht, nicht in Zombie-Kategorien zu verniedlichen. Aber schon das scheint zu viel verlangt.

BVKE-Homepage kann ab sofort besucht werden

Der BVKE ist seit Januar dieses Jahres unter www.bvke.de im Internet zu finden. Die Website bietet aktuelle Informationen aus dem Verband sowie zu fachlichen und politischen Entwicklungen im Bereich der Erziehungshilfen. Klicken Sie doch einfach mal rein!

Impressum

neue caritas BVKE-Info
 Redaktion: Roland Fehrenbacher (verantwortlich), Peter Goike, Barbara Ringkowski, Klemens Bögner, Karlstraße 40, 79104 Freiburg
 BVKE-Redaktionssekretariat:
 Brigitte Jakob, Tel. 07 61/200-225, Fax 200-634, E-Mail: bvke@caritas.de
 Vertrieb: Rupert Weber
 Tel. 07 61/200-420, Fax: 200-509, E-Mail: rupert.weber@caritas.de
 Titelfoto: Albert Josef Schmidt
 Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung.
 Herausgegeben vom BVKE e.V. in Freiburg
 Diese Publikation wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

aus dem BVkE:

BVKE hat jetzt eigenen Webauftritt

Seit Jahresbeginn 2006 ist unser Fachverband unter www.bvke.de im Internet präsent. Die Eingangsseite bietet aktuelle Infos zur Erziehungshilfe und Hinweise zu Publikationen des BVkE sowie zu Fachveranstaltungen. Das Menü der Seite ist wie folgt aufgefächert:

- Der Menüpunkt „Wir über uns“ gewährt Einblicke in unser Selbstverständnis: das BVkE-Leitbild, seine Aufgaben und Ziele, die Satzung. Auch Arbeitsgremien unseres Fachverbandes und Kooperationspartner sind hier aufgeführt. Katholische Erziehungshilfeeinrichtungen und -dienste können sich die Antragsunterlagen zur Aufnahme in den Fachverband herunterladen. Selbst eine Jobbörse ist unter

„Wir über uns“ zu finden: Hier können Verbandsmitglieder Stellenausschreibungen über die BVkE-Geschäftsstelle einstellen lassen.

- Unter dem Menüpunkt „Organisationsstruktur“ ist das Organigramm des Verbandes eingestellt. Hier gibt es auch die Kontaktadressen der diözesanen Arbeitsgemeinschaften Erziehungshilfen.

- Der Verband führt auf Bundesebene Fachveranstaltungen sowie Fort- und Weiterbildungen durch. Diese sind unter „Unsere Leistungen“ einzusehen.

- Unter „Aktuell“ gibt es ausführliche Meldungen zu Themen der Erziehungshilfen, dazu Hinweise zu Terminen und Veranstaltungen. Unter diesem Menüpunkt werden auch Pressemeldungen und Stellungnahmen des Fachverbandes zu finden sein.

- Veröffentlichungen, wie die aus der BVkE-Schriftenreihe „Beiträge zur Erziehungshilfe“, können unter „Publikationen“ bestellt werden.

- Hilfe suchende Eltern, Kinder und Jugendliche erhalten über den Menüpunkt „Ich brauche Hilfe“ Hinweise zu Diensten der Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung.

- Hinweise zur Kontaktaufnahme mit dem Fachverband sind unter „Kontakt“ zu finden.

Der Webauftritt des Fachverbandes soll kontinuierlich verbessert werden. So ist daran gedacht, sämtliche Mitgliedseinrichtungen und -dienste mit ihren Kontaktadressen mithilfe einer Landkarte und mit Suchfunktionen für Postleitzahlen und Diözesen ins Netz zu stellen. Auch soll später eine Online-Anmeldung zu Veranstaltungen des Fachverbandes möglich sein. Die Bestellung von BVkE-Publikationen über einen Warenkorb ist für die Zukunft ebenfalls vorgesehen.

Ansprechpartner für den BVkE-Webauftritt in der Geschäftsstelle ist Peter Goike, E-Mail: peter.goike@caritas.de, Tel. 0761/200-223.

Wichtige Entscheidungen bei Vorstandssitzung im Februar getroffen

- **Zukunft des BVkE:** Der Vorstand hat sich in einem Klausurteil seiner Sitzung am 9./10. Februar 2006 in Würzburg – vor dem Hintergrund der Funktionstrennung zwischen Deutschem Caritasverband und Fachverband – mit Zukunftsfragen beschäftigt. Im Mittelpunkt standen Fragen des Profils, der Dienstleistungsqualität und der zukünftigen Organisationsstruktur des BVkE. Dieser Gestaltungsprozess wird in einer außerordentlichen Verbandsratsitzung am 26. April 2006 in Würzburg breiter diskutiert werden. Die Option ist, dass der BVkE sich als eigener Anstellungsträger analog zu den anderen Einrichtungsfachverbänden organisieren wird. Dafür muss die wirtschaftliche Basis geschaffen werden, eng verzahnt mit den Leistungen des Bundesverbandes für die Mitglieder.

Dieser Gestaltungsprozess wird in einer außerordentlichen Verbandsratsitzung am 26. April 2006 in Würzburg breiter diskutiert werden. Die Option ist, dass der BVkE sich als eigener Anstellungsträger analog zu den anderen Einrichtungsfachverbänden organisieren wird. Dafür muss die wirtschaftliche Basis geschaffen werden, eng verzahnt mit den Leistungen des Bundesverbandes für die Mitglieder.

- **Institut für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ):** Das IKJ in Mainz soll bis zum 1. Juli 2006 aus dem BVkE ausgegliedert und eine eigenständige gGmbH werden. Das Institut wurde 1995 gegründet und hat seitdem eine kontinuierliche Ausweitung erfahren. Heute beschäftigt es neun hauptamtliche Mitarbeiter(innen) und über 20 wissenschaftliche Hilfskräfte und Aushilfen. In Anbetracht der Größe des heutigen IKJ und aus steuerrechtlichen Gründen bedarf es einer neuen Rechtsform, die für die Zukunftsfähigkeit und -entwicklung des Instituts geeignet ist. Als potenzielle Gesellschafter für das IKJ kommen der BVkE selbst, die Katholische Jugendfürsorge – Landesverband Bayern sowie der KTK-Bundesverband infrage.

Heute beschäftigt es neun hauptamtliche Mitarbeiter(innen) und über 20 wissenschaftliche Hilfskräfte und Aushilfen. In Anbetracht der Größe des heutigen IKJ und aus steuerrechtlichen Gründen bedarf es einer neuen Rechtsform, die für die Zukunftsfähigkeit und -entwicklung des Instituts geeignet ist. Als potenzielle Gesellschafter für das IKJ kommen der BVkE selbst, die Katholische Jugendfürsorge – Landesverband Bayern sowie der KTK-Bundesverband infrage.

- **Bundestagung 2009 und 100-jähriges Jubiläum**

Der Vorstand hat entschieden, die 24. Bundestagung des BVkE mit unserer Hundert-Jahr-Feier zu verbinden: Die Jubiläumstagung wird Ende Mai bis Anfang Juni 2009 am Gründungsort in Limburg stattfinden. Eine besondere Note dieser Bundestagung wird die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sein. Über konkretere Überlegungen werden wir selbstverständlich informieren.

rf



Klemens Bögler

Zukunft des BVkE:
Was sind die
nächsten Schritte?

materialien und hinweise:

Straffällige Jugendliche: Leitfaden für die Praxis

„Also ich will erreichen, dass ich ein Haus hab, 'n eigenes Haus, dass ich ein schönes Auto hab, 'ne schöne Frau hab, zwei, drei Kinder – mehr nicht –, dass ich 'n Job hab...,'ne gute, feste Arbeit.“ Mit diesem Zitat eines jugendlichen Straftäters beginnt der Leitfaden „Wenn Jugendliche straffällig werden...“, den die Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe e.V. herausgegeben hat.

Vorgestellt werden die verschiedenen – sowohl pädagogischen als auch strafrechtlichen – Maßnahmen, mit denen der Delinquenz von Jugendlichen begegnet werden kann. Die Broschüre informiert über die einzelnen Schritte eines Strafprozesses bis hin zu Inhaftierung oder Einstellung des Verfahrens. Ziel des Leitfadens ist es, einen ersten Überblick über die Rechtslage zu geben. Dem dienen die Kapitel Jugendkriminalität, Jugendhilfe und Jugendstrafrecht. An alle Kapitel schließen sich Hinweise zur weiterführenden Literatur an. Am Ende wird kurz auf weitere Lebensbereiche von jungen Menschen eingegangen und auf spezielle Ansprechpartner, Links und weitere Literatur hingewiesen.

Die Broschüre ist sehr ansprechend gestaltet und bietet für Fachleute ebenso wie für Eltern oder Lehrer(innen) und auch für Jugendliche verständliche Informationen. Unter www.bag-straftaelligenhilfe.de/pdf/JW-230106.pdf kann sie heruntergeladen werden.

„Meine Eltern trennen sich...“

„Doof, gemein, ungerecht ...‘ – so beschreiben die meisten Kinder ihre Gefühle, wenn sich ihre Eltern trennen. Sie sind wütend, traurig, fühlen sich ohnmächtig. Manchmal sind sie aber auch erleichtert, das Gestreite nicht mehr hören zu müssen. Die Trennung und Scheidung der Eltern ist für Kinder oft schmerzhaft. Das heißt nicht, dass sie ein Leben lang unglücklich bleiben. Wie erleben Kinder die Trennung ihrer Eltern? Wie viele Kinder sind überhaupt betroffen? Was hilft ihnen in dieser Situation? Wie können Eltern, aber auch Großeltern, Paten und Freund(inn)e(n) dazu beitragen, dass Kinder die neue Situation annehmen? Und: Wie unterstützt die katholische Kirche diese Lebenssituation und Familienform? Welche Angebote finden allein Erziehende für sich und ihre Kinder in der Kirche?“

Diese Fragen hat das Internetportal www.katholisch.de unter der Rubrik „Seelsorge im Internet“ als „Thema des Monats“ Januar 2006 aufgeworfen. (Nach Anklicken der genannten Rubriken ist diese Themenseite im dortigen Archiv unter „2006-01“ hinterlegt.) Die Seite bietet vielfältige Informationen darüber, wie Kinder die Trennung oder Scheidung ihrer Eltern erleben und bewältigen können:

■ Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die aus eigener Erfahrung berichten, kommen zu Wort.

■ Eine Erziehungsberaterin und eine Gemeindereferentin beschreiben, was Kindern hilft, wenn die Eltern sich trennen.

■ Flyer werden vorgestellt, die Anregungen zur Festgestaltung (Weihnachten, Erstkommunion) nach Trennung und Scheidung geben.

■ Ein Kreuzworträtsel nimmt Bezug auf Kinder in Ein-Eltern-Familien, die in Märchen, im Kinderfernsehen oder in bekannten Kinderbüchern vorkommen.

■ Aktuelle statistische Informationen und zahlreiche Literaturhinweise vermitteln erste Informationen und geben Hinweise zur Vertiefung.

■ Zahlreiche Links verbinden zu Hilfeangeboten.

SkF-Broschüre zur Qualitätsentwicklung

Der Sozialdienst katholischer Frauen, Zentrale e.V., hat eine Broschüre „Qualitätsentwicklung in SkF-Ortsvereinen“ veröffentlicht. In dieser Arbeitshilfe wird – nach methodischen Anregungen zur Implementierung von QE-Prozessen – eine Auswahl exemplarischer Qualitätsentwicklungs-Instrumente für die verbands- und fachspezifische Arbeit vorgestellt, die sich in der Praxis bewährt haben. Alle Instrumente sind in einheitliche Raster eingearbeitet und im Hinblick auf ihren praktischen Nutzen bewertet. Die Beschreibung ihrer Anwendung bezieht sich zwar auf ausgewählte Arbeitsfelder, doch die meisten von ihnen sind gut auf andere Bereiche übertragbar und dort ebenso hilfreich.

Zudem liefert die Broschüre Literaturangaben, die insbesondere unter dem Aspekt aufgenommen wurden, dass sie praxisnah sind und weitere Evaluations-Instrumente beinhalten.

Die Arbeitshilfe motiviert dazu, Qualitätsentwicklung als Thema zu verstehen, das aufzugreifen sich lohnt und – neben aller Mühsal – Freude macht. Sie ist für drei Euro zuzüglich Portokosten erhältlich beim Sozialdienst katholischer Frauen, Zentrale e.V., Agnes-Neuhaus-Str. 5, 44135 Dortmund, E-Mail: info@skf-zentrale.de

Aktualisierter Kommentar zum Jugendschutzgesetz und zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

Nikles, Bruno W.; Roll, Sigmar; Spürck, Dieter; Umbach, Klaus: Jugendschutzrecht. Kommentar zum Jugendschutzgesetz und zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag mit Erläuterungen zur Systematik und Praxis des Jugendschutzes. Unterschleißheim/München : Luchterhand-Verlag, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2005, 480 S., 34 Euro, ISBN 3-472-06292-4.

Der Kommentar wendet sich an Fachkräfte in erzieherischen und sozialpädagogischen Berufsfeldern sowie auch an Gewerbetreibende. Er bietet eine systematische Einfüh-

materialien und hinweise Fortsetzung:

rung in den Kinder- und Jugendschutz sowie fallbezogene Hinweise mit praktisch-pädagogischem Bezug zu Jugendhilfe, Schule und Elternhaus. Eine umfangreiche Sammlung von Begriffserläuterungen zum Kinder- und Jugendschutz rundet das Werk ab. Zudem finden die Leserinnen und Leser einen Anhang mit Auszügen aus weiteren Gesetzen sowie vielfältige Quellennachweise.

Mopäd – mobiler psychologisch-heilpädagogischer Dienst für Kindertageseinrichtungen

Um Verhaltensauffälligkeiten in Kindertageseinrichtungen vorzubeugen, wurde von Oktober 2001 bis März 2005 am Institut „Quer“ der Stiftung „Die Gute Hand“ das Modellprojekt Mopäd durchgeführt. Dieser mobile psychologisch-heil-

pädagogische Dienst begleitete Erzieherinnen vor Ort durch intensive Beratung und Anleitung im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern. Kernelement war ein rund zehnwöchiger Beratungsprozess, in dem Erzieherin und Beraterin gemeinsam Interventionen für ein Kind mit ersten Auffälligkeiten erarbeiteten und umsetzten.

Mit dem Projekt konnten signifikante Rückgänge hyperaktiver, aggressiv-oppositioneller und emotionaler Auffälligkeiten erreicht werden. Die Kinder erfuhren außerdem einen bedeutenden Zuwachs an eigener Kompetenz.

Der empfehlenswerte Abschlussbericht ist zu beziehen bei: Die Gute Hand, Quer – Institut für Qualität in Erziehungshilfen, Janstraße 31, 51515 Kürten-Biesfeld, E-Mail: info@die-gute-hand.de

termine und tagungen:

Außerordentliche Verbandsratssitzung des BVkE Würzburg, 26. April 2006

Zukunftsentwicklung des BVkE (s. S. 6 in diesem Info)

Kooperationsfachtagung von EREV und BVkE Fulda, 4.–5. Mai 2006

„Markt oder Mensch?“

Im Zentrum dieser Tagung stehen die Schnittstellen und Schnittmengen zwischen den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII in Verbindung mit Aussagen zur beruflichen Bildung in den §§ 27 ff. SGB VIII und aktuellen Änderungen.

Die Fachtagung will Gelegenheit geben, sich mit dem aktuellen Stand der Entwicklungen und sozialpolitischen Folgerungen und Visionen zu beschäftigen. Zum anderen werden in Arbeitsgruppen Ansätze aus der Praxis vorgestellt, die vor dem Hintergrund der Frage „Markt oder Mensch?“ bearbeitet und diskutiert werden können.

Zu dieser wichtigen und aktuellen Veranstaltung im Kontext beruflicher Bildung laden wir herzlich ein.

100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe Bundesweite Veranstaltungen, 9.–19. Mai 2006

Anlässlich des Jubiläums des Bundesverbands für Erziehungshilfe e.V. (AFET) finden fünf Veranstaltungen statt, davon vier eintägige Regionalveranstaltungen in Hannover, Essen, Stuttgart und Leipzig sowie die zweitägige Abschlussveranstaltung in Berlin. Die Termine im Einzelnen:

■ **Regionalveranstaltung Nord: Hannover, 9. Mai 2006**

Lernen durch Veränderung – Veränderung durch Lernen

■ **Regionalveranstaltung West: Essen, 12. Mai 2006**

Qualitätsentwicklung: Garant für wirkungsorientierte Hilfen?

■ **Regionalveranstaltung Süd: Stuttgart, 15. Mai 2006**

Starke Leistung nur durch gemeinsames Handeln?

■ **Regionalveranstaltung Ost: Leipzig, 17. Mai 2006**

Erziehungshilfe und Psychiatrie. Realitäten und Erfordernisse der Kooperation zwischen zwei Disziplinen

■ **Abschlussveranstaltung: Berlin, 18.–19. Mai 2006**

Zukunft in öffentlicher Verantwortung

■ Herausforderungen für die Praxis

■ Anforderungen an den Verband

■ Perspektiven für junge Menschen

Weitere Informationen und das detaillierte Programm können unter der E-Mail-Adresse: rheinlaender@afet-ev.de angefordert werden.

Bund und Länder?

Vereinsrecht?

koedukativ?

Evaluation?



CaritasBibliothek
Die Bibliothek für Soziales

Begriffe brauchen Zugriffe:

■ Dokumentlieferung/Fernleihe aus unseren Beständen:

236.000 Bände Spezialliteratur

560 aktuelle Fachzeitschriften

■ Online: Katalog und Zeitschriftendokumentation

www.caritasbibliothek.de, E-Mail: bibliothek@caritas.de

Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel. 0761/200-240